

Niederschrift
über die Sitzungen des Finanz- und Personalausschusses
am 11.02.2013 (TOP 1 bis 11 und 15 bis 18))
und
am 12.02.2013 (TOP 12 bis 14)

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

11.02.2013:

Beginn: 10:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 12:00 Uhr

12.02.2013:

Beginn: 10:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 10:45 Uhr

Anwesend (11.02.2013):

CDU

Frau Petra Brinkmann

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Rainer Lux

(Vorsitzender)

Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann

Frau Karin Schrader

Herr Holm Sternbacher

Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil

Herr Klaus Rees

BfB

Herr Johannes Delius

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Barbara Geilhaar

Anwesend (12.02.2013):

CDU

Frau Petra Brinkmann
Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Rainer Lux (Vorsitzender)
Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann
Frau Karin Schrader
Herr Holm Sternbacher
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil
Herr Klaus Rees

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Ralf Schulze – BfB (11. und 12.02.2013)
Herr Frank Strothmann – CDU (11. und 12.02.2013)
Frau Barbara Schmidt – Die Linke (12.02.2013)

Von der Verwaltung (11. und 12.02.2013):

Herr Stadtkämmerer Löseke
Frau Gast – Stab Dezernat 1 (zu TOP 4.4.1)
Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und zentrale Leistungen
Frau Schlüter - Amt für Personal, Organisation und zentrale Leistungen
Herr Köhler - Amt für Personal, Organisation und zentrale Leistungen
Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen
Herr Stühmeier - Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest. Er teilt mit, dass die nachgereichte Informationsvorlage Drucksachen-Nr. 5295 (Umsetzung der HSK-Maßnahmen im Jahr 2012) unter TOP 4.4 zur Kenntnis zu nehmen ist. Außerdem verweist er auf die Tischvorlagen Drucksachen-Nr. 5329 (Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2013) und Drucksachen-Nr. 5331 (Hebesatzsatzung), die unter TOP 11.1 und 11.2 beraten werden sollen.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 29.01.2013**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 29.01.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Herr Löseke teilt mit, dass in Folge des Bürgerdialogs zum städtischen Haushalt von der Bürgerschaft Einsparvorschläge gemacht wurden. Diese wurden listenmäßig erfasst und liegen zunächst zur Kenntnisnahme vor. Herr Löseke weist darauf hin, dass einige der Vorschläge noch im Finanz- und Personalausschuss zu beraten sein werden. Im Übrigen werde auf die in der Liste beschriebene vorgesehene Reaktion verwiesen. Die Liste ist als **Anlage 1** diesem Protokoll beigefügt.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

...-

Zu Punkt 4 **Information über den Stand des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2013**

Herr Löseke erklärt, dass der Haushaltsplan in der Zeit vom 26.11.2012 bis 06.03.2013 öffentlich ausliegt. Einwohner und Abgabepflichtige konnten gegen den Entwurf der Haushaltssatzung bis zum 06.12.2012 Einwendungen erheben. Von dieser Möglichkeit wurde kein Gebrauch gemacht.

Herr Werner erklärt für seine Fraktion, dass er den vorliegenden Haushaltsplanentwurf für nicht beratungsfähig halte, da er auf unrealistischen Plandaten beruhe. Beispielhaft verweist er auf den Ansatz für die Gewerbesteuer, der bereits für das Jahr 2012 zu hoch angesetzt worden sei. Der nun für das Jahr 2022 ausgewiesene Planwert unterstelle eine Steigerung von 53 %, die in dieser Form seines Erachtens mit Sicherheit nicht eintreten werde.

...-

Zu Punkt 4.1 **Gesamtergebnisplan / Gesamtfinanzplan 2013**

Zur Einführung verweist Herr Berens auf die mit einem Begleitschreiben versandten Unterlagen, aus dem hervorgeht, dass der Haushalt mit diesen Daten voraussichtlich nicht genehmigungsfähig wäre. Der Haushaltsplanentwurf 2013 wies einen Fehlbetrag in Höhe von rd. 103,6 Mio. € aus. Ausgehend von diesem Stand konnte im Jahre 2022 ein geringfügiger Überschuss in Höhe von rd. 2,0 Mio. € dargestellt werden. Nach Abschluss der Etatberatungen in den Fachausschüssen und ersten Erkenntnissen aus dem vorläufigen Rechnungsabschluss 2012 waren erhebliche Ansatzveränderungen insbesondere ab dem Planungsjahr 2014 erforderlich, die in der Prognoserechnung im Jahre 2022 zu einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 24,8 Mio. € führen würde. Parallel zu dieser Entwicklung wurden in unterschiedlichen Abstimmungsrunden Lösungsmöglichkeiten gesucht, um der aufgezeigten Entwicklung entgegenzutreten. Im Ergebnis könnte mit den nun aufgezeigten Konsolidierungsvorschlägen im Jahre 2022 wieder ein Überschuss in Höhe von rd. 1,9 Mio. € erreicht werden. Der Fehlbetrag in der Ergebnisplanung 2013 wird sich dann voraussichtlich auf rd. 87,5 Mio. € belaufen. Auf dieser Basis wäre der Haushaltsplan mit Haushaltssicherungskonzept 2013 genehmigungsfähig.

Die Finanzplanung 2013 ff. entwickelte sich entsprechend der Ergebnisplanung, allerdings insgesamt auf einem etwas niedrigeren Niveau. Der für 2013 im Entwurf geplante Fehlbetrag belief sich auf 97,2 Mio. €. Unter Berücksichtigung der Konsolidierungsmaßnahmen wird er voraussichtlich noch rd. 80,7 Mio. € betragen.

Zu Punkt 4.2

Veränderungen Stellenplan - Gesamtübersicht

Frau Schlüter erläutert zunächst die Struktur der Unterlagen zur Beratung des Stellenplanes 2013. Sie erklärt, dass es im Rahmen der Fachausschussberatungen zu keinen Veränderungen gekommen sei. Allerdings habe der JHA den Stellenplan insgesamt mit Mehrheit abgelehnt. Von Seiten der Verwaltung seien Veränderungen des Stellenplanentwurfs aufgrund der Umsetzung von HSK-Maßnahmen und durch Bewertungsänderungen erforderlich geworden. Insgesamt weise der Stellenplan 2013 im Vergleich zum Vorjahr 58,4 Mehrstellen im Bereich der Kernverwaltung aus. Dem stehen 5,1 Stellen als Einsparung gegenüber. Von diesen Mehrstellen beruhen 41,6 Stellen auf neuen rechtlichen Regelungen oder auf bereits getroffenen politischen oder sonstigen Entscheidungen. Darüber hinaus sind 16,8 Stellen als zusätzlicher Bedarf insbesondere aufgrund von Fallzahlsteigerungen schwerpunktmäßig im Sozialdezernat anzuerkennen. In den Stellenplänen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (Teil 2 des Stellenplanes) wird aufgrund einer Umschichtung in den Kernhaushalt (Zentrale Vergabestelle) eine Stelle weniger ausgewiesen als noch im Entwurf des Stellenplanes 2013. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich 3 Mehrstellen. Bei den sonstigen Stellen (Teil 3 des Stellenplanes) ergibt sich im Vergleich zum Entwurf eine Reduzierung um 2,6 Stellen; im Vergleich zum Vorjahr ist eine Verringerung im Umfang von 4,4 Stellen feststellbar. Über alle Bereiche des Stellenplanes hinweg sind somit im Vergleich zum Vorjahr 52,9 Mehrstellen entstanden.

Auf Nachfrage von Herrn Werner erklärt Frau Schlüter, dass die 26 Vollzeitkräfte für den Bereich „Bildung und Teilhabe“ in Abstimmung mit der Bezirksregierung nicht im Stellenplan zu führen seien, da es sich ausschließlich um befristete Einsätze handele. Herr Grinblats ergänzt, dass die bis 2013 mit Fristvertrag beschäftigten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter voll vom Land refinanziert werden und diese in Abstimmung mit der Bezirksregierung nicht im Stellenplan abzubilden seien. Herr Werner stellt daraufhin fest, dass somit im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 84,4 Mehrstellen entstanden sind. Herr Geil erklärt, dass nach seinem Eindruck bei den Stellen eine Tendenz zur Höherbewertung erkennbar sei. Für ihn stelle sich die Frage nach den Gründen für diese Entwicklung. Herr Grinblats weist zunächst darauf hin, dass es auch Stellenabwertungen gebe. Es sei jedoch feststellbar, dass die Aufgabenwahrnehmung in vielen Sachgebieten immer anspruchsvoller werde und eine höhere Bewertung der Stellen dann unabdingbar sei. Herr Rees fragt nach, ob die Mehrstellen für Fallzahlsteigerungen vermeidbar gewesen wären, wenn man stattdessen über Standardreduzierungen nachgedacht hätte. Herr Grinblats führt dazu aus, dass im Vorfeld immer intensiv geprüft werde, ob angeforderte Mehrstellen tatsächlich erforderlich seien oder ob diese durch andere Maßnahmen verhindert werden können. Auf Nachfrage von Herrn Geil zu denkbaren Neustrukturierungen erklärt Herr Grinblats, dass es in den letzten Jahren wiederholt drastische Veränderungen insbesondere durch die Zusammenlegung von Organisationseinheiten gegeben habe, die

jeweils mit Personaleinsparungen verbunden gewesen seien. Jüngstes Beispiel sei die Gründung einer zentralen Vergabestelle, die zudem auch noch eine größere Rechtssicherheit biete. Herr Buschmann stellt fest, dass die absoluten Personalkosten u. a. auch wegen neuer refinanzierten Stellen steigen. Es stelle sich daher die Frage, ob diese refinanzierten Aufgaben durch bereits vorhandenes Personal erledigt werden können mit dem Ziel, den Kostenaufwuchs zu reduzieren. Herr Grinblats weist darauf hin, dass bei einer 100%-Refinanzierung häufig die Schaffung einer neuen Stelle Bedingung sei. Außerdem fehle es bei neuen Aufgaben beim vorhandenen Personal häufig an den fachlichen Voraussetzungen. Eine Abdeckung aller neuen Aufgaben mit bereits vorhandenem Personal sei definitiv nicht möglich. Herr Delius erklärt, dass er sich frage, inwieweit die Politik auf die Stellenzahl Einfluss nehmen könne. Von der Verwaltung erwarte er Hinweise auf Stellen, die grundsätzlich eingespart werden können. Herr Geil schließt sich dieser Einschätzung an und führt weiter aus, dass bei den Haushaltsplanberatungen im Kulturausschuss teilweise drastische Personalkostensteigerungen festgestellt wurden. Auf Nachfrage sei erklärt worden, diese Veränderungen seien bedingt durch nunmehr stellenscharfe Kostenzuordnungen. In solchen Fällen wünsche er sich zukünftig bereits im Vorfeld entsprechende Informationen. Herr Grinblats teilt mit, dass sich die Kalkulation des Personalaufwandes jeweils am Rechnungsergebnis des Vorjahres orientiere. Aufgrund der natürlichen Fluktuation sei es nicht erforderlich jede Planstelle mit Geld zu hinterlegen. Als Folge seien jedoch gelegentlich Anpassungen in einzelnen Bereichen erforderlich, die stets erklärbar seien.

--

Zu Punkt 4.3 Kalkulation des Personalaufwandes / der Personalauszahlungen 2013

Herr Grinblats erläutert zunächst die Kalkulation des Versorgungsaufwandes/der Versorgungsauszahlungen für die Planungsjahre 2013 bis 2016. Er weist darauf hin, dass ausgehend vom vorläufigen Rechnungsergebnis 2012 die bislang bekannten Besoldungserhöhungen und weitere erwartbare Veränderungen berücksichtigt werden. Im Übrigen habe man die Orientierungsdaten des Landes zu Grunde gelegt.

Weiter führt er aus, dass auch bei der Berechnung des Personalaufwandes/der Personalauszahlungen das vorläufige Rechnungsergebnis 2012 als Kalkulationsbasis gedient habe. Von dieser Grundlage ausgehend werde unter Berücksichtigung aller bekannten bzw. anzunehmenden Veränderungen wie z. B. Tarif- bzw. Besoldungserhöhung, Beförderungen sowie Mehrstellen weiter gerechnet und die für die einzelnen Planungsjahre erforderlichen

Ansätze errechnet. Hinsichtlich der Zuführungen (Teil B) erläutert Herr Grinblats, dass diese noch auf den Ergebnissen des Heubeck-Gutachtens zum 31.12.2011 beruhen. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass sich mit dem Gutachten zum 31.12.2012 Veränderungen ergeben werden, die aktuell weder vorhersehbar noch beeinflussbar seien.

Auf Nachfrage von Frau Geilhaar bestätigt Herr Grinblats, dass für den Stadtumbau Sennestadt zwei befristete Stellen eingerichtet wurden, die bis in das Jahr 2013 hinein Bestand haben. Auf einen Hinweis von Herrn Werner eingehend teilt er mit, dass die im Jahre 2011 erfolgte Nachbewilligung sowie die von der Bezirksregierung gewünschte systematische Umstellung berücksichtigt worden seien.

Zu Punkt 4.4 Haushaltssicherungskonzept / Prognoserechnung 2022

Zu Punkt 4.4.1 Umsetzung der HSK-Maßnahmen im Jahr 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5295/2009-2014

Frau Gast erläutert kurz die Informationsvorlage und weist insbesondere darauf hin, dass aktuell eine Realisierungsquote von 111 % erreicht werde. Insbesondere der Umsetzungsstand bei aufwandsenkenden Maßnahmen trage zu dieser Quote bei. Die Dauerhaftigkeit der einzelnen Maßnahme sei teilweise noch nachzuhalten.

Anschließend geht sie kurz auf die mit den Haushaltsunterlagen verteilte HSK-Gesamtliste ein, die auch die HSK-Plus-Maßnahmen enthält. Außerdem weist sie darauf hin, dass zusätzlich die Maßnahmeblätter vorliegen, in denen Alternativen zu den nicht umsetzbaren Maßnahmen sowie die HSK-Plus-Maßnahmen beschrieben werden.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung der HSK-Maßnahmen im Jahr 2012 zur Kenntnis.

Zu Punkt 4.4.2 Prognoserechnung 2022

Herr Löseke erklärt, dass die Ansätze des Haushaltsplanentwurfes 2013 aufgrund von unerwarteten Entwicklungen fortgeschrieben werden mussten. Auf Basis dieser Fortschreibung war im Jahre 2022 kein Haushaltsausgleich mehr darstellbar. Die mit den Haushaltsunterlagen (Anlage 7) verteilte neue Prognoserechnung weist im Jahre 2022 wieder einen geringfügigen Überschuss von rd. 1,9 Mio. € aus. Der Bestand der allgemeinen Rücklage beläuft sich dann noch auf rd. 114,6 Mio. €. Die Annahmen, die dieser Kalkulation zu Grunde liegen, werden auf der ersten Seite der Prognoserechnung aufgeführt. Herr Löseke teilt mit, dass die Bezirksregierung signalisiert habe, dass auf dieser Basis die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes erwartet werden dürfte. Auf Wunsch von Herrn Werner erläutert Herr Berens weitere Details aus der Prognoserechnung. Zunächst weist er darauf hin, dass in dieser Berechnung neben den beschriebenen Steuererhöhungen und pauschalen Aufwandsreduzierungen auch alle Ergebnisse der Fachausschussberatungen enthalten seien. Grundlage seien also die Werte des Haushaltsplanentwurfes 2013 ergänzt um die Fachausschussempfehlungen und die zusätzlich erforderlich gewordenen Konsolidierungsmaßnahmen. Auf Basis dieser Berechnung könne der Nachweis geführt werden, dass im Jahre 2022 wieder ein ausgeglichener Haushalt erreichbar sei. Weiter führt Herr Berens aus, dass im Finanzplanungszeitraum bis 2016 neben individuellen Erkenntnissen insbesondere die Orientierungsdaten des Landes berücksichtigt wurden. Der aktuellen Erlasslage entsprechend seien die Ansätze für die Folgejahre je nach Ertrags- bzw. Aufwandsart mit dem geometrischen Mittel oder auf Basis der Orientierungsdaten fortgeschrieben worden. Herr Werner stellt fest, dass die Fortschreibung auf Grundlage des Erlasses zu unrealistischen Ansätzen führe. Als Beispiel benennt er die Gewerbesteuer, die sich aufgrund dieser Berechnungsverfahren bis 2022 um 53 % erhöhen müsste. Auf Nachfrage von Frau Geilhaar zur HSK-Maßnahme „Bettensteuer“ erklärt Herr Löseke, dass als Alternative die Erhebung einer Kulturabgabe in Erwägung gezogen und im Finanz- und Personalausschuss vorgestellt wurde. Es sei nun Angelegenheit der Politik, auf diese Maßnahme zurückzukommen.

-.-.-

Zu Punkt 5

Haushalts- und Stellenplan Dezernat Oberbürgermeister

Herr Rees beantragt, den ablehnenden Beschluss der BV Mitte zur Fortschreibung der HSK-Maßnahme „Reduzierung Leistungsumfang bezirkliche Grünunterhaltung Bezirk Mitte“ (Ziff. 2 der Veränderungsliste zur Ergebnisplanung) aufzuheben. Dazu ergeht folgender

Beschluss:

Der Fortschreibung der HSK- Maßnahme „Reduzierung Leistungsumfang bezirkliche Grünunterhaltung Bezirk Mitte“ wird zugestimmt (vgl. lfd. Nr. 2 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung)) .

- mit Mehrheit beschlossen -

Beschluss:

Der lfd. Nr. 1 und 3 – 4 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 1 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Finanzplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 1 – 4 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Statistische Kennzahlen) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates Oberbürgermeister wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

...-

Zu Punkt 6

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 2 und Bezirke

Herr Werner weist darauf hin, dass er den Zuschuss an die Nordwestdeutsche Philharmonie nach wie vor als freiwillige Leistung für nicht sachgerecht halte.

Herr Rees beantragt, den ablehnenden Beschluss der BV Brackwede zur Fortschreibung der HSK-Maßnahme „Straffung Leitungsebene

Bezirksämter – Einsparung Brackwede“ (Ziff. 28 der Veränderungsliste zur Ergebnisplanung) aufzuheben. Dazu ergeht folgender

Beschluss:

Der Fortschreibung der HSK-Maßnahme „Straffung Leitungsebene Bezirksämter – Einsparung Brackwede“ (vgl. Ziff. 28 der Veränderungsliste zur Ergebnisplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Beschluss:

Der lfd. Nr. 26 – 27 und 29 - 39 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 3 – 17 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung – ISB-Mieten) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 5 - 21 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Finanzplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 6 – 17 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Statistische Kennzahlen) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 2 und Bezirke wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 3

Herr Werner beantragt, die Ziffern 32 bis 34 (Waterboer, dauerhafte Amphibienleiteinrichtung) in der Veränderungsliste zur Finanzplanung zurückzustellen und erbittet für den folgenden Tag nähere Erläuterungen zu dieser Maßnahme.

Beschluss:

Der lfd. Nr. 40 – 60 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 18 – 19 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung – ISB-Mieten) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 22 - 31 und 35 - 43 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Finanzplanung) wird zugestimmt. Die lfd. Nummern 32, 33 und 34 werden zurückgestellt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 18 – 20 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Statistische Kennzahlen) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 3 wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7.1

Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld für das Jahr 2013

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 4739/2009-2014

Drucksachennummer: 4739/2009-2014/1

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Wirtschaftsplan 2013 des UWB in Anlage 1 A (Gesamt-Erfolgsplan UWB), 1 A 1 (Sparten-Erfolgsplan), 1 B (Vermögens- und Finanzplan), 1 D (mittelfristige Erfolgsplanung) und 1 C (Stellenübersicht) zu beschließen.

Es wird eine Ergebnisausschüttung in Höhe von 10.049 TEUR eingeplant. Über die endgültige Ergebnisabführung wird im Rahmen des Jahresabschlusses für das Jahr 2013 entschieden. Im Finanzplan 2013 werden die für das Wirtschaftsjahr 2012 geplanten 9.599 TEUR eingesetzt, da der Restbetrag erst in 2014 nach dem Jahresabschluss 2013 abgeführt wird.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15 Mio. EUR festgesetzt.

Im Wirtschaftsjahr 2013 sind Umschuldungen in Höhe von 24,23 Mio. EUR vorgesehen.

/(Die Vorlagen sind als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 4

Beschluss:

Der lfd. Nr. 61 – 71 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der Ifd. Nr. 20 – 22 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung – ISB-Mieten) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der Ifd. Nr. 44 - 57 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Finanzplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 4 wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.1 Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes für das Wirtschaftsjahr 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5183/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

- **Der Wirtschaftsplan 2013 des Immobilienservicebetriebes (ISB) wird beschlossen.**
- **Der Aufnahme von Kassenkrediten bis zu einer Höhe von 25 Mio. € wird zugestimmt.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Haushalts- und Stellenplan Dezernat 5

Herr Rees beantragt, die ablehnenden Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses zu den Ziffern 107 bis 118 aufzuheben. Daraufhin ergeht folgender

Beschluss:

Den lfd. Nummern 107 – 118 wird in der Form der dem JHA vorgelegten Veränderungsliste zum Haushaltsplan 2013 zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Beschluss:

Der lfd. Nr. 72 – 106 sowie der lfd. Nr. 119 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 23 – 46 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung – ISB-Mieten) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 58 - 67 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Finanzplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 21 – 26 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Statistische Kennzahlen) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 5 wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 10 Haushalts- und Stellenplan Dezernat 1

Auf Nachfrage von Herrn Werner bestätigt Herr Berens, dass unter Ziffer 9 der Veränderungsliste zur Ergebnisplanung die Reduzierung der Gewinnabführung BBVG berücksichtigt ist. Außerdem weist er darauf hin, dass die Sportpauschale Jahr für Jahr abwechselnd einmal konsumtiv und einmal investiv veranschlagt wird. Sie ist Ziffer 16 der Veränderungsliste zur Ergebnisplanung daher nur in den Jahren 2014 und 2016 enthalten. Zur Ziffer 3 der Veränderungsliste zur Finanzplanung stellt Herr Werner fest, dass die 821.000 € im Zusammenhang mit der Sanierung Weser-Lutter nicht dauerhaft eingespart sondern lediglich zeitlich verschoben werden.

Beschluss:

Der lfd. Nr. 5 – 25 sowie der lfd. Nr. 120 – 125 (für alle Dezernate) der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 1 und 2 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Ergebnisplanung – ISB-Mieten) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 2 - 4 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Finanzplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Der lfd. Nr. 5 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Statistische Kennzahlen) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Den Veränderungen des Stellenplanes des Dezernates 1 wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

**Zu Punkt 10.1 Haushaltsplan 2013 für die Produktgruppe 11.01.18 -
Verwaltungsleitung - Dezernat Inneres/Finanzen sowie
Stellenplan für den Stab Dezernat 1**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5091/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2016 wie folgt zu beschließen:

1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.18 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 25.160 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 451.660 € wird zugestimmt.
2. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.18 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 3.830 € wird zugestimmt.
3. Dem Stellenplan 2013 für den Stab Dezernat 1 wird zugestimmt.
4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.18 wird zugestimmt.
5. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen wird zugestimmt. Anpassungen und Konkretisierung des HSK-Plus erfolgen über eine gemeinsame Vorlage für das Dezernat 1 mit der Drucksachenummer 5063/2009-2014.

- mit Mehrheit beschlossen -

**Zu Punkt 10.2 Haushaltsplan 2013 für die Produktgruppe 11.01.26-
Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz sowie Stellenplan für
den Betrieblichen Gesundheitsschutz**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5073/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2013 - 2016 wie folgt zu beschließen:

1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.26 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 111.831 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 609.987 € wird zugestimmt.
2. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.26 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 7600 € wird zugestimmt.
3. Dem Stellenplan 2013 für den Betrieblichen Gesundheitsschutz 019 wird zugestimmt. Es ergibt sich eine Anhebung des Stellenanteils für die Arbeitsmedizin von 0,9 auf 1,5 Stellen.
4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.26, Betrieblicher Gesundheitsschutz 019, wird zugestimmt.
5. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10.3 Haushaltsplan 2013 für die Produktgruppen 11.01.06 -Zentrale Dienste, 11.01.08 -Personalmanagement, 11.01.10 -Organisationsangelegenheiten - sowie Stellenplan für das Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5100/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2014 bis 2016 wie folgt zu beschließen:

1. Dem Teilergebnisplan

- der Produktgruppe 11.01.06 –Zentrale Dienste- mit ordent-

lichen Erträgen in Höhe von 2.741.766 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 7.616.032 € wird unter Berücksichtigung der beiliegenden Veränderungsliste zugestimmt.

- der Produktgruppe 11.01.08 – Personalmanagement mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 5.203.383 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 54.107.910 € wird zugestimmt.
- der Produktgruppe 11.01.10 - Organisationsangelegenheiten mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 67.195 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.239.987 € wird zugestimmt.

2. Dem Teilfinanzplan A

- der Produktgruppe 11.01.06 – Zentrale Dienste- mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 463.720 € wird zugestimmt.
- der Produktgruppe 11.01.08 – Personalmanagement - mit investiven Einzahlungen in Höhe von 30.500 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 47.000 € wird zugestimmt.
- der Produktgruppe 11.01.10 –Organisationsangelegenheiten mit investiven Einzahlungen in Höhe von 23.738 € wird zugestimmt.

3. Den Zielen und Kennzahlen

- der Produktgruppen 11.01.06 (unter Berücksichtigung der Beiliegenden Veränderungsliste), 11.01.08 und 11.01.10 wird zugestimmt.

4. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen wird zugestimmt. Anpassungen erfolgen über eine gemeinsame Vorlage für das Dezernat mit der Drucksachen-Nr. 5063/2009-2014

5. Dem Stellenplan 2013 für das Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 10.4 Haushaltsplan 2013 für die Produktgruppe 11.01.12 -
Schwerbehindertenvertretung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5098/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2014 – 2016 wie folgt zu beschließen:

- 1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.12 – Schwerbehindertenvertretung - mit ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 57.898 € wird zugestimmt.**
- 2. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.12 - Schwerbehindertenvertretung – wird zugestimmt.**

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 10.5 Haushaltsplan 2013 für die Produktgruppe 11.01.04 -
Beschäftigtenvertretung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5096/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten 2013 – 2016 wie folgt zu beschließen:

- 1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.04 – Beschäftigtenvertretung – mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 48.601 € und ordentlichen Aufwendungen in**

Höhe von 678.296 € wird zugestimmt.

2. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.04 wird zugestimmt.

3. Dem Stellenplan für den Personalrat wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10.6 Haushaltsplan 2013 ff. für die Produktgruppen 11.01.09 -Finanzmanagement und Rechnungswesen-, 11.01.61 -Finanz- und Personalausschuss- und 11.16.01. -Allgemeine Finanzwirtschaft- sowie Stellenplan für das Amt für Finanzen und Beteiligungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5086/2009-2014

Drucksachennummer: 5086/2009-2014/1

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2016 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Teilergebnisplänen** folgender Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste „Ergebnisplanung“ enthaltenen Sachverhalten zugestimmt:

Produktgruppe 11.01.09 (S. 69/70, Bd. II) mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 365.628 €, ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 9.735.716 €, Finanzerträgen in Höhe von 35.240 € sowie Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 20.000 €,

Produktgruppe 11.01.61 (S. 187/188, Bd. II) mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 €, ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 21.672 €, Finanzerträgen in Höhe von 0 € sowie Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 0 €

und

Produktgruppe 11.16.01 (S. 1279/1280, Bd. II) unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste „Ergebnisplanung“ enthaltenen Sachverhalte mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 575.826.100 €, ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 121.797.553 €, Finanzerträgen in Höhe von 14.673.355 € sowie Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 15.182.284 €.

2. Den **Teilfinanzplänen A** folgender Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste „Finanzplanung“ enthaltenen Sachverhalten zugestimmt:

Produktgruppe 11.01.09 (S. 71, Bd. II) mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 6.420 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € und

Produktgruppe 11.16.01 (S. 1282, Bd. II) mit investiven Einzahlungen in Höhe von 1.147.334 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 1.679.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 10.000.000 €.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** folgender Produktgruppen wird zugestimmt:

11.01.09 „Finanzmanagement und Rechnungswesen“
(S. 73, Bd. II)

und

11.16.01 „allgemeine Finanzwirtschaft“ (S. 1289, Bd. II)

4. Dem **Stellenplan** 2013 für das Amt 200 wird zugestimmt.

Die Veränderungsliste gegenüber dem Haushalt 2012 für das Amt 200 ist als Anlage beigefügt.

5. Den **Zielen und Kennzahlen** folgender Produktgruppen wird zugestimmt:

11.01.09 „Finanzmanagement und Rechnungswesen“
(S. 65/66, Bd. II),

11.01.61 „Finanz- und Personalausschuss“
(S. 184/185, Bd. II)

und

11.16.01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ (S. 1282/1283, Bd. II)

6. Der Fortschreibung der **HSK-Maßnahmen** des Amtes 200 (Maßnahmen 53, 55, 57 bis 59, 61 bis 70, 183, 184 und 187) wird zugestimmt.

Die Anpassung und Konkretisierung weiterer HSK-Maßnahmen erfolgt in der zentralen Vorlage des Dezernates 1 (Drucksache

5063/2009-2014).

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 10.7 Wirtschaftsplan 2013 des IBB mit Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5101/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Wirtschaftsplan 2013 wie folgt zu beschließen:

Gem. § 4 b EigVO wird dem Wirtschaftsplan des IBB für das Geschäftsjahr 2013 zugestimmt.

Es werden festgestellt

- a) der Erfolgsplan mit einem Jahresergebnis von -58.000 € und einem Bilanzgewinn von 0 €**
- b) der Vermögensplan in Einnahmen und Ausgaben von 4.154.000 €**
- c) die Stellenübersicht**
- d) Der IBB wird ermächtigt, im Wirtschaftsjahr 2013 Kredite zur Liquiditätssicherung bis zu einem Höchstbetrag von 2,0 Mio. € aufzunehmen**

Die 5-jährige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Haushaltsbegleitbeschlüsse

Herr Löseke berichtet kurz zu den hinlänglich bekannten Hintergründen der vorliegenden Haushaltsbegleitbeschlüsse und weist darauf hin, dass diese mit der Bezirksregierung Detmold abgestimmt seien.

Herr Werner teilt mit, dass er den Vorlagen nicht zustimmen werde, da seine Fraktion weder die Steuererhöhungen noch die globalen Minderaufwendungen mittragen könne. Frau Schmidt stellt fest, dass mit den vorgesehenen Aufwandsreduzierungen bereits eine Schmerzgrenze überschritten werde. Dagegen sehe ihre Fraktion noch Potenzial auf der Ertragsseite. Ihres Erachtens sei die vorgeschlagene Gewerbesteuererhöhung unzureichend und müsste deutlich höher ausfallen, um Leistungseinschränkungen auf der Aufwandsseite zu verhindern. Herr Rees verweist auf die atypische Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in Bielefeld und erklärt, dass die Verwaltung mit den vorliegenden Beschlussvorschlägen einen Lösungsweg aufzeige, um ein genehmigungsfähiges HSK zu erreichen, was er sehr begrüße. Er beantrage, die Vorlagen heute in erster Lesung zur Kenntnis zu nehmen und am Folgetag gemeinsam mit den Fraktionsanträgen darüber zu entscheiden. Herr Delius äußert sich kritisch zu den vorgeschlagenen Haushaltsveränderungen und verweist darauf, dass sich die SPD-Fraktion noch im März 2009 gegen Steuererhöhungen ausgesprochen habe. Darüber hinaus halte er die Anwendung von Planungsdaten des Landes im Haushalt der Stadt für nicht sachgerecht. Zudem stelle sich die Frage, ob es in der aktuellen Situation nicht auch hilfreich sein könnte, Unterstützung von außen in Anspruch zu nehmen. Herr Buschmann erklärt, dass er sich der Einschätzung von Herrn Delius teilweise anschließen könne. Allerdings sei die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts ein erstrebenswertes Ziel, um auch zukünftig eine selbständige kommunale Arbeit sicher stellen zu können. Die Zielwerte in der Prognoserechnung 2022 halte er allerdings in einigen Dingen für unerreichbar. Weiter führt Herr Buschmann aus, dass es im Jahre 2012 im Vergleich zu 2011 keinen gravierenden Gewerbesteuereinbruch gegeben habe, sondern dass die Planwerte zu hoch angesetzt waren. Unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2011 und einiger Sondersachverhalte im Jahre 2012 sei das Ergebnis für 2012 eher als durchschnittlich zu bezeichnen. Die Anpassung der Kalkulationsbasis für die Jahre 2013 ff. begrüße er daher. Die Erreichbarkeit der Planansätze sei seines Erachtens trotzdem fraglich. Bei der Gewerbesteuer sei zu bedenken, dass der Hebesatz nur ein Einflussfaktor von vielen sei. Der Hebesatzerhöhung werde er daher im Gegensatz zur Aufwandsreduzierung nicht zustimmen können. Herr Hamann schließt sich dem Wunsch von Herrn Rees an und schlägt ebenfalls vor, die beiden Beschlussvorlagen im Zusammenhang mit den politischen Anträgen zu diskutieren und zu beschließen. Ihm sei es wichtig, ein genehmigungsfähiges HSK zu erreichen und die zunehmende Verschuldung zu stoppen. Auf die Herren Werner und Delius eingehend führt er aus, dass er deren konstruktive Einsparvorschläge bislang vermisse.

Die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses verständigen sich

einvernehmlich darauf, die Haushaltsbegleitbeschlüsse am Folgetag unter TOP 13 zu beraten.

-.-.-

Zu Punkt 12 Ergebnis der Beratungen am Vortag und Entscheidung über zurückgestellte Positionen

Herr Rees verweist zunächst auf die zurückgestellten Entscheidungen zu den Haushaltsbegleitbeschlüssen (Top 11.1 und 11.2 vom Vortag) und beantragt, diese unter Punkt 13 mit zu beraten und zu beschließen. Gegen diesen Vorschlag werden keine Bedenken erhoben.

Herr Löseke erklärt zum Ergebnis der Beratungen am Vortag, dass sich durch die Korrektur der Fachausschussentscheidungen zu den lfd. Ziffern 2, 28 sowie 107 – 118 der Anlage 1 (Veränderungsliste Ergebnisplanung) im Jahre 2013 per Saldo eine Verbesserung in Höhe von 1.774.000 € ergebe. Im Jahre 2014 betrage die Haushaltsverbesserung 2.108.744 €; in den Jahren 2015 und 2016 belaufe sie sich auf jeweils 1.122.965 €. Diese Korrektur sei in der verteilten Kalkulation 2022 bereits berücksichtigt!

Die Nachfrage vom Vortag zu den Ziffern 32, 33 und 34 der Veränderungsliste Finanzplanung (Amphibienleiteinrichtung) beantwortet Herr Löseke wie folgt:

Bei der Maßnahme „Waterboer dauerhafte Amphibienleiteinrichtung“ handelt es sich um eine Fortsetzungsmaßnahme, die zur Gesamtmaßnahme „Renaturierung der Teichanlage Waterboer“ gehört. Die Amphibienleiteinrichtung war ursprünglich für das Haushaltsjahr 2012 eingeplant, konnte jedoch nicht mehr umgesetzt werden, weil der Zuwendungsbescheid (Landes- und EU-Mittel) erst Mitte 2012 einging, daher die erneute Veranschlagung für 2013. Die Kosten belaufen sich auf 97.750 € (lfd. Nr. 34 der Anlage 2). Diesen steht eine 80 %ige Refinanzierung über Landes- und EU-Mittel (49.160 € + 28.590 € = 77.750 €) gegenüber (lfd. Nr. 32 und 33 der Anlage 2).

Inhaltlich geht es nach Auskunft von Amt 360 um eine Art „Krötentunnel“, der den Kröten das „Unterqueren“ der Waterboerstraße ermöglichen soll. Bisher werden die Kröten an der Waterboerstraße von ehrenamtlichen Helfern in Eimern gesammelt und über die Straße getragen. Dies sei aber auf Dauer nicht mehr leistbar, daher die Lösung mit dem Tunnel.

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

Der lfd. Nr. 32, 33 und 34 der Veränderungsliste zur Haushaltsplanaufstellung 2013 (Finanzplanung) wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 13 Beratung und Beschlussfassung der eingehenden Fraktionsanträge

Zu Punkt 13.1 Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE zur Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5362/2009-2014

Herr Dr. Schmitz erklärt, dass seine Fraktion eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf den Durchschnittswert vergleichbarer Städte für nicht ausreichend erachte. Angezeigt sei vielmehr eine Erhöhung auf den Maximalwert vergleichbarer Städte.

Beschluss:

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für das Haushaltsjahr 2013 von 463 auf 520 Punkte (höchster Hebesatz der Gemeinden vergleichbarer Größe) angehoben.

Das ergibt für die Gewerbesteuer Mehreinnahmen von rund 20,6 Millionen Euro.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 13.2 Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (Leistungsverträge) für Angebote freier Träger

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5363/2009-2014

Herr Dr. Schmitz verweist auf die schriftliche Begründung zum vorliegenden Antrag. Herr Rees führt aus, dass die Leistungsverträge noch bis Ende des Jahres laufen und sich eine interfraktionelle Arbeitsgruppe damit beschäftige, mit welchen Konditionen diese weiter geführt werden können. Für den Fortbestand der Leistungsverträge sei die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes sehr wichtig, da ansonsten deutliche Leistungseinschränkungen insbesondere in den freiwilligen Bereichen zu befürchten seien. Den Antrag werde seine Fraktion ablehnen. Herr Werner weist darauf hin, dass seine Fraktion in den zuständigen Fachausschüssen einen vergleichbaren Antrag vorgelegt habe, der als Deckung jedoch keine Steuermehrerträge sondern Leistungsreduzierungen an anderer Stelle vorgesehen habe. Dieser habe in den Fachausschüssen jedoch keine Mehrheit erhalten. Bei einer entsprechenden Modifizierung des Antrages der Fraktion DIE LINKE könne er diesem zustimmen. Darüber hinaus habe die interfraktionelle Arbeitsgruppe noch keine konkreten Ergebnisse aufzuweisen. Herr Buschmann teilt mit, dass es nicht akzeptabel sei, in die laufenden Leistungsverträge einzugreifen. Seine Fraktion werde daher dem Antrag ebenfalls nicht folgen. Er gehe davon aus, dass die Arbeitsgruppe ein tragbares Konzept für die Zukunft erarbeiten werde. Auf Herrn Werner eingehend erklärt Herr Rees, dass der angesprochene Antrag der CDU konkrete Vorschläge zu Leistungsreduzierungen vermissen lasse. Darüber hinaus sei auch für ihn nicht vorstellbar, in laufende Vertragswerke einzugreifen. Frau Schrader schließt sich den Ausführungen von Herrn Rees an und führt weiter aus, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe aufgrund von Vorschlägen aus den Ampelfraktionen in ihrer Arbeit vorankomme. Sie vermisse jedoch ebenfalls konkrete Vorschläge aus Reihen der CDU-Fraktion. Frau Geilhaar weist darauf hin, dass die aktuellen Verträge von beiden Seiten mit der jeweiligen Unterschrift akzeptiert wurden. Die Arbeit der Arbeitsgruppe halte sie für schwierig und könne nur erfolgreich sein, wenn auf allen Seiten eine gewisse Kompromissbereitschaft bestehe. Herr Dr. Schmitz teilt mit, dass es auf Seiten der Leistungsträger bei Vertragsabschluss keine Alternativen gegeben habe. Im Übrigen sei der im Antrag formulierte Finanzierungsvorschlag feststehend.

Beschluss:

Die Steigerungen von Sachkosten und tariflichen Personalkosten bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (Leistungsverträgen) für Angebote freier Träger werden ab dem 1. 1. 2013 übernommen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

...-

Zu Punkt 13.3 Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum Haushaltsplanentwurf 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5364/2009-2014

Herr Rees erklärt, dass es Ziel der Ampelfraktionen sei, ein genehmigungsfähiges HSK zu erreichen. Mit dem ersten Teil des vorliegenden Antrages wolle man den von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsprozess weiter nachhaltig absichern. Daher werde vorgeschlagen, bereits im Jahre 2013 mit weitergehenden Einsparungen zu beginnen. Intention sei neben dem Haushaltsausgleich im Jahre 2022 der Schutz des Eigenkapitals der Stadt Bielefeld. Im zweiten Teil des Antrages werden Prüfaufträge formuliert, mit deren Hilfe die Aufwandssenkungen bzw. Ertragssteigerungen ab 2014 in Höhe von mindestens 8 Mio. € erreicht werden können. Durch die frühzeitige Formulierung der Prüfaufträge sei eine weitgehende Berücksichtigung bereits im Haushaltsplan 2014 möglich.

Auf Nachfrage von Herrn Werner teilt Herr Löseke mit, dass die Gemeindeordnung sowohl dem Stadtkämmerer als auch dem Rat die Möglichkeit einräume, eine Haushaltssperre auszusprechen. Herr Dr. Schmitz bemängelt an den Prüfaufträgen die seines Erachtens falsche Schwerpunktsetzung. Auf Nachfrage von Frau Geilhaar zu Punkt 9 der Prüfaufträge erklärt Herr Hamann, dass die Verwaltung den Verkauf von Gebäude und Freiflächen prüfen solle, die nicht zwingend im Eigentum der Stadt verbleiben müssen. Herr Henrichsmeier stellt fest, dass die Prüfaufträge zunächst unkritisch seien. Er sehe aber zum Beispiel auch Einsparmöglichkeiten in Höhe von rd. 0,4 Mio. € bei der geplanten Sanierung der Sieker-Kreuzung. Herr Rees weist darauf hin, dass unter dem Punkt „Aufgabe bzw. Abgabe von Einrichtungen an freie Träger“ auch alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen seien. Herr Buschmann erklärt, dass nachhaltige Einsparungen nur mit strukturellen Veränderungen erreicht werden können. Dazu gehöre seines Erachtens ggf. auch die Verlagerung der Leistungserbringung in bestimmten Bereichen auf freie Träger. Herr Dr. Schmitz erwidert, dass aus seiner Sicht zunächst die Ursachen der kommunalen Unterfinanzierung beseitigt werden müssen, indem Steuergeschenke des Bundes zurück genommen und der Konnexitätsgrundsatz beachtet werden. Herr Werner führt aus, dass die im Antrag der Ampel-Fraktionen aufgeführten Maßnahmen seines Erachtens nicht zu einer dauerhaften Haushaltsverbesserung führen werden. Vielmehr wäre zunächst eine ehrliche Bestandserhebung erforderlich. Unter den aktuellen Planungsprämissen erwarte er bereits kurzfristig erneute Finanzprobleme. Frau Geilhaar erklärt, dass ein wesentlicher Belastungsfaktor in der Arbeitsmarktpolitik zu sehen sei, die immer höhere Belastungen im Sozialbereich mit sich bringe.

Einvernehmlich wird festgelegt, über die Beschlusspunkte 1. - 3. sowie über die Prüfaufträge 1. – 9. des Ampel-Antrages getrennt abzustimmen.

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zur Erzielung zusätzlicher Konsolidierungseffekte von mindestens**

weiteren 500.000 Euro im laufenden Haushaltsjahr zu realisieren, u. a. durch Verringerung der Verlustausgleiche an defizitäre städtische Beteiligungen.

- 2. Der OB wird gebeten, statt 8 Vollzeitstellen im Jahr 2013 insgesamt 12 Vollzeitstellen sowie in den Jahren 2014-2016 statt der vorgeschlagenen 45 Vollzeitstellen insgesamt weitere 67 Vollzeitstellen einzusparen. Ein externer Einstellungsstopp wird angestrebt.**
- 3. Um eine Reduzierung der Aufwendungen in Höhe von mindestens 2 Mio. Euro zu erzielen, befürwortet der FiPA/Rat die Verhängung einer Haushaltssperre durch den Kämmerer unmittelbar nach Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Bezirksregierung.**

- mit Mehrheit beschlossen -

Beschluss:

Zur Konkretisierung der pauschalen Aufwandssenkungen bzw. Ertragssteigerungen in den Jahren 2014-2016 in Höhe von mindestens 8 Mio. Euro erteilt der FiPA/Rat die folgenden Prüfaufträge.

Der FiPA/Rat erwartet die Prüfungsergebnisse zur Ratssitzung im November 2013.

- 1. Einsparung von Personalkosten unter Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen
u. a. durch**
 - Optimierung von Aufbau- und Ablaufstrukturen**
 - Dezentralisierung der Personalkostenverantwortung**
- 2. Verschlankung von Verwaltungsstrukturen u. a. durch**
 - Auflösung bzw. Zusammenlegung von Organisationseinheiten**
 - Vergrößerung von Leitungsspannen**
 - Verkleinerung der Stäbe der Dezernate und des OB's**
 - Abbau von Querschnittsfunktionen**
 - Abbau von Doppelstrukturen**
- 3. Überprüfung von Standards der Leistungserbringung (unter Zuhilfenahme von Benchmarks, Vergleichszahlen des Gemeindeprüfungsamtes o. ä.)**
- 4. Reduzierung des Umfangs des Berichtswesens und der Vergabe von Gutachten (Budgetierung)**
- 5. Aufgabe bzw. Abgabe von Einrichtungen (insbes. Kitas und Erziehungshilfeeinrichtungen) an freie Träger**

6. Senkung der Verlustausgleiche an städtische Unternehmen, eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sowie weitere Einrichtungen der Stadt (z.B. MuKu, VHS, ...)

7. Neukonzipierung der Mitarbeiterkantine

8. Erhebung von kostendeckenden Gebühren und Entgelten

9. Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Immobilien und Freiflächen

- bei einer Nein-Stimme mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13.3.1 Haushaltsbegleitbeschluss Haushalt 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5329/2009-2014

Herr Löseke weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag unter Punkt 2 im Mittelteil missverständlich formuliert und wie folgt zu ändern sei:

„Diese Prüfung verfolgt das Ziel, die Ansätze in ihrer Gesamtheit

im Jahr 2013 um 2 Mio. €,

im Jahr 2014 um weitere 4 Mio. €,

im Jahr 2015 um weitere 2 Mio. € und

im Jahr 2016 wiederum um weitere 2 Mio. €

zu reduzieren und die Zielwerte der Orientierungsdaten zu unterschreiten.“

Beschluss:

1. Atypische Entwicklungen beim Gewerbesteueraufkommen 2012 in Bielefeld im Vergleich zum Landestrend erfordern aktuell zusätzliche Maßnahmen, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2013 und des dazugehörigen Haushaltskonsolidierungskonzepts auch weiterhin zu gewährleisten.

2. Die Entwicklung von Haushaltspositionen soll sich gerade in Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, an den Orientierungsdaten des Landes NRW ausrichten bzw. soweit möglich darunter bleiben.

Alle Haushaltspositionen sind auf Überschreitungen der

Orientierungsdaten zu prüfen.

Diese Prüfung verfolgt das Ziel, die Ansätze in ihrer Gesamtheit

**im Jahr 2013 um 2 Mio. €,
im Jahr 2014 um weitere 4 Mio. €,
im Jahr 2015 um weitere 2 Mio. € und
im Jahr 2016 wiederum um weitere 2 Mio. €**

zu reduzieren und die Zielwerte der Orientierungsdaten zu unterschreiten. Ausgenommen sind voll refinanzierte Bereiche (z.B. gebührenfinanzierte Bereiche) und Aufwände, die zur Erreichung von HSK-Maßnahmen unabweisbar sind.

3. Zur konkreten Umsetzung dieser Zielvorgaben sind unter Berücksichtigung der Fluktuation

- im Jahr 2013 mindestens 8 Stellen und**
- in den Jahren 2014 bis 2016 insgesamt mindestens 45 Stellen**

einzusparen.

Diese Einsparungen sind durch Reduzierung oder Wegfall und/oder Übertragung von Aufgabenwahrnehmungen, durch Standardreduzierungen oder durch die Optimierung der Geschäftsprozesse bzw. durch Technikeinsatz zu realisieren.

In den Stellenplänen 2014-2016 sind grundsätzlich nur vollständig refinanzierte Mehrstellen aufzunehmen. Sonstige Mehrstellen müssen durch entsprechende Einsparungen/Konsolidierungseffekte gedeckt sein.

4. Zur Konkretisierung des Einsparvolumens in 2013 sind

- beim Personalaufwand 0,5 Mio. € zu reduzieren**
- beim Sachaufwand weitere 1,5 Mio. € zu reduzieren**

5. Die Verwaltungsleitung verfolgt das Ziel, die künftig geplanten (reduzierten) Gewinnausschüttungen der BBVG an den Haushalt von jährlich rd. 3,5 Mio. € nachhaltig zu sichern. Dazu soll der Kapaldienst der BBVG zur Finanzierung des Rückkaufs insbesondere in Verhandlungen mit der Geschäftsführung der SWB GmbH und auch mit den finanzierenden Banken an die veränderten Gegebenheiten aufgrund der aktuellen Planung der SWB GmbH angepasst werden, so dass Belastungen für den Kernhaushalt bis 2016 ausgeschlossen bleiben.

6. Für die Jahre 2014-2016 sind weitere konkrete Konsolidierungsmaßnahmen zu entwickeln, um den Haushaltsausgleich 2022 zu erreichen und die

Überschuldung bis dahin zu vermeiden. Dazu wird das Haushaltssicherungskonzept 2010-2014 bis zum Jahr 2016 fortgeschrieben.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13.4 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Gewerbesteuer sowie der Grundsteuer A und B für das Haushaltsjahr 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5331/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A und B für das Haushaltsjahr 2013 zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 Beschlussfassung zum Haushalts- und Stellenplan 2013

Zu Punkt 14.1 Beschlussfassung zum Stellenplan

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss hat den Stellenplan 2013 in seinen Sitzungen am 11. und 12.02.2013 auf der Grundlage

- 1. der Ratsvorlage für die Sitzung am 25.10.2012, Drucks.-Nr. 4771/2009-2014 (Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen (u. a. Stellenplan einschließlich Stellenübersichten) für das Haushaltsjahr 2013) und**
- 2. der Veränderungsliste nach bestätigtem Verwaltungsentwurf 2013 (Stand 11.02.2013) beraten.**

Er empfiehlt dem Rat, den Stellenplan 2013 auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der am 11./12.02.2013 ggf. beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.2 Beschlussfassung zum Haushaltssicherungskonzept

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, das Haushaltssicherungskonzept 2013 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.3 Beschlussfassung zum Ergebnisplan 2013 mit den Plandaten bis 2016

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Ergebnisplan 2013 mit den Plandaten bis 2016 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.4 Beschlussfassung zum Finanzplan 2013 mit den Plandaten bis 2016

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Finanzplan 2013 mit den Plandaten bis 2016 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.5 Beschlussfassung zu den Zielen und Kennzahlen im Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten bis 2016

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Ziele und Kennzahlen im Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten bis 2016 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14.6 Beschluss der Haushaltssatzung 2013

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2013 lt. Anlage 2 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Bielefeld, 12.02.2013

Rainer Lux
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)

